

Sitzungsniederschrift

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013
Sitzungsort:	Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Sitzungsdauer:	14:30 Uhr - 16:46 Uhr
Art der Sitzung:	öffentlich / nichtöffentlich

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Vorsitzender

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld **als Vorsitzender**

Potje, Claus **Erster Kreisbeigeordneter**
Rüttger, Frank **Kreisbeigeordneter**
Hebinger, Stefan **Kreisbeigeordneter**

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate (fehlte entschuldigt)
Blaul, Georg
Brauer, Carsten
Grohe, Hans
Groß, Birgit
Hoffmann, Theo
Prof. Dr. Iselborn, Klaus-Werner
Kutschke, Sabine
Mahler, Edith
Dr. Mittrücker, Norbert
Sauer, Friedel
Schindler, Norbert
Seelmann, Peter
Stölzel, Reinhard
Wagner, Klaus
Wolf, Markus
Wolf, Walter anwesend bis 14.53 Uhr (Top 2)

Mitglieder SPD-Fraktion

Ackermann, Eugen
Dr. Ballhausen, Stephan
Brenzinger, Reinhard
Dormann, Jakob
Fischer, Otmar (fehlte entschuldigt)
Geis, Ruth
Hobrack, Bernhard
Huter, Klaus
Niederhöfer, Reinhold
Quante, Wolfgang (fehlte entschuldigt)
Prof. Dr. Schreiner, Hans-Robert
Seiberth, Hans
Vogel, Adam
Dr. Wolf, Hans

Mitglieder FWG-Fraktion

Dopp, Heiner (fehlte entschuldigt)
Magin, Marion anwesend bis 16.45 Uhr (Top 5)
Meister, Karl

Nagel, Arnold
Oberholz, Uwe
Stepp, Kurt
anwesend bis 16.30 Uhr (Top 3)

Mitglieder FDP-Fraktion

Dick-Walther, Petra
Langensiepen, Heidi
Prof. Dr. med. Lücker, Peter
Schrank, Edwin
anwesend bis 16.45 Uhr (Top 5)
anwesend bis 16.35 Uhr (Top 3)
(fehlte entschuldigt)

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Messner-Vogel, Ellen
Weitz, Christoph
Werner, Pia

Mitglieder parteilos

Armstroff, Klaus
Moser, Patrick
anwesend bis 16.05 Uhr (Top 2)
anwesend bis 16.05 Uhr (Top 2)

Verwaltung:

Herr Martin, Ltd. Staatl. Beamter

Herr Werner,
Frau Thomas, Abteilung 2
Abteilung 1

Herr Langenbacher, Kreiskrankenhaus Grünstadt

Herr Pabst,
Frau Spytalimakis,
Herr Lache, Abfallwirtschaftsbetrieb
Abfallwirtschaftsbetrieb
Abfallwirtschaftsbetrieb

Frau Weber,
Frau Schott, Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt

Herr Appel,
Pressereferentin Müller, Abteilung 1
Abteilung 1

Gleichstellungsbeauftragte Haas
Personalratsvorsitzender Bauer

Herr Fickus, Abteilung 1, als Niederschriftführer

T a g e s o r d n u n g :

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014
Vorlage: 161/2013
3. Wirtschaftsplan 2014 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim
Vorlage: 142/2013
4. Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Wirtschaftsplan 2014
Vorlage: 150/2013
5. Prüfung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung der Landrätin und der Kreisbeigeordneten, soweit sie die Landrätin vertreten haben
Vorlage: 160/2013
6. Neufassung der Richtlinien über die Schülerbeförderung im Landkreis Bad Dürkheim
Vorlage: 151/2013
7. Nachwahl von Mitgliedern und Stellvertreter für die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz
Vorlage: 111/2013

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, dass zu TOP 2, Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014, ein gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD- Fraktionen vorliegt.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
__ JA-Stimmen	__ Nein-Stimmen	__ Enthaltungen

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Ausschlussgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Drucksache **161/2013**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung : zu 1.

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input checked="" type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
26 JA-Stimmen	9 Nein-Stimmen	4 Enthaltungen

Sitzung / Abstimmung : zu 2.

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input checked="" type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
26 JA-Stimmen	6 Nein-Stimmen	7 Enthaltungen

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014

Beschluss:

1. Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 werden in der vorberatenen Form, mit Ausnahme der unter 2. aufgeführten Änderung zur Kreisumlage, beschlossen.
2. Die Kreisumlage wird auf 43,1 von Hundert festgesetzt und der bisherige Zuschlag nach § 25 Abs. 2 Landesfinanzausgleichsgesetz wird um 30 von Hundert abgesenkt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende dankt den Gremien für die konstruktiven Vorberatungen und trägt die relevanten Eckdaten des vorliegenden Haushaltes vor. Er kommt zum Ergebnis, dass der Landkreis noch immer weit von der Möglichkeit des Haushaltsausgleichs entfernt ist, jedoch in Folge des sogenannten „Neuwieder Urteils“ eine leichte Verbesserung zu spüren ist. Gestiegene Kosten sind vor allem im Bereich der Jugendhilfe festzustellen, aber auch bei den Investitionen und bei den Personalaufwendungen. Hinsichtlich investiver Aufwendungen weist der Vorsitzende darauf hin, dass hierbei der Schwerpunkt bei den kreiseigenen Schulen liegt.

Aus seiner Sicht besteht, auch hinsichtlich der vertraglichen Verpflichtungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds, kein Spielraum auf Einnahmen zu verzichten.

Kreistagsmitglied Stölzel stellt den gemeinsamen Antrag der SPD und CDU Fraktionen mit folgendem Inhalt:

„Beschlussvorschlag: *Der Kreistag beschließt, dass die Kreisumlage auf 43,1 v. H. gesetzt und der bisherige Zuschlag nach § 25 Abs. 2 LFAG um 30 % gesenkt wird.*

Begründung: *Die Finanzsituation des Landkreises DÜW hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Durch die Neuordnung im Landesfinanzausgleichsgesetz vom Oktober 2013 erhalten die kreisfreien Städte und Landkreise bereits ab dem Jahr 2014 spürbare Einnahmenverbesserungen. Hinzu kommt durch verbesserte Bemessungsgrundlagen ein signifikanter Anstieg der Kreisumlage. Eine Entlastungswirkung zeigt auch der vom Land aufgelegte Kommunale Entschuldungsfonds.*

In unserem Landkreis liegen diese Verbesserungen alleine bei der Kreisumlage bei einem Zuwachs im Jahr 2014 von über 2,5 Mio. €.

Die durch den Bund für das Jahr 2014 in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel insbesondere zur Bewältigung der Soziallasten sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Festzustellen bleibt aber auch, dass die den kreisangehörigen Gemeinden durch verbesserte Steuergrundlagen zugewachsenen Mehreinnahmen wegen der Abschöpfung durch Verbandsgemeindeumlagen und der Kreisumlage – insbesondere wenn noch ein Progressionszuschlag verbunden ist – nur eine geringe Einnahmeverbesserung verbleibt. Der überwiegende Teil der kreisangehörigen Gemeinden beklagt mittlerweile ebenfalls hohe Fehlbeträge.

Der Umlagensatz im Landkreis Bad Dürkheim liegt jedoch im Vergleich zu allen anderen Landkreisen in Rheinland Pfalz überdurchschnittlich hoch.

CDU und SPD Fraktion sind nun übereingekommen, einen – zugegeben nur geringen – Teil dieser Mehreinnahmen an die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zurück zu geben. Hintergrund der Überlegung ist auch die Signalwirkung gegenüber den Gemeinden, dass eine grundsätzliche Bereitschaft durchaus vorhanden ist, gerade die Ortsgemeinden zu entlasten. Insbesondere die vertragliche Verpflichtung gegenüber dem Land aus dem KEF als auch die Auflage der Aufsichtsbehörde weiterhin

einen strengen Konsolidierungskurs zu verfolgen, um langfristig gerade die Liquiditätskredite zu reduzieren, gestatten nur eine Entlastung in einem sehr kleinen Umfang.“

Für die SPD-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Niederhöfer fest, dass die Änderungen im LFAG noch nicht weitreichend genug sind, um eine deutliche Verbesserung für die Kommunen zu erzielen. Er fordert die kommunalen Spitzenverbände auf, die finanziellen Defizite der Kommunen klar zu beziffern.

Keine wirklich positiven Auswirkungen des neuen Finanzausgleichgesetzes sieht die Fraktion Bündnis 90/die Grünen, teilt Kreistagsmitglied Werner mit. Vor allem mangelte es an der fehlenden Deckung von Pflichtaufgaben durch Land und Bund.

Kreistagsmitglied Nagel sieht es für die FWG-Fraktion als entscheidend an, wie und nicht ob eine Aufgabe erfüllt wird. Er fordert die Rechte des Landkreises zur Verbesserung der der finanziellen Situation mit Nachdruck durchzusetzen.

Die FDP-Fraktion bringt folgende Anträge, die Kreistagsmitglied Langensiepen verliest, in die Beratung ein:

„Erster Antrag

Der Kreistag möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, schnellstens dafür zu sorgen, dass die Kartons, die in den Büros und auf den Fluren stehen, bzw. gestapelt sind, entfernt und ordnungsgemäß gelagert werden - selbst wenn es sich nur um ein Zwischenlager handelte.

Begründung:

Die Lagerung von Papier und Pappe in großen Mengen beeinflusst das Raumklima negativ und schadet folglich der Gesundheit. Wenn in EDV-Räumen für ein zuträgliches Klima gesorgt wird, weil die Geräte anfällig und teuer sind, muss noch größere Aufmerksamkeit den Arbeitsräumen von Menschen gelten. Die Flure sind zu räumen um Rettungswege frei zu halten.

Rechtliche Grundlage ist die Arbeitsstättenverordnung, dort § 3a Einrichten und Betreiben von Arbeitsstätten, Abs. 1 "Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass Arbeitsstätten so eingerichtet und betrieben werden, dass von ihnen keine Gefährdungen für die Sicherheit und die Gesundheit der Beschäftigten ausgeht."

Zitat Ende. Außerdem § 4 Besondere Anforderungen an das Betreiben von Arbeitsstätten, ebenfalls Abs. 1 "Der Arbeitgeber hat(...) dafür zu sorgen, dass festgestellte Mängel unverzüglich beseitigt werden."

Und Abs. 4, der sich auf Verkehrs- und Fluchtwege bezieht.

Zweiter Antrag

Der Kreistag möge beschließen:

Die Suche nach zusätzlichen Büroräumen und nach Archivraum ist innerhalb des ersten Quartals 2014 abzuschließen. Den Kreisgremien soll anschließend ein Raumkonzept für die gesamte Kreisverwaltung vorgelegt werden.

Begründung:

Die ArbStättV verlangt in § 6 (1) "Arbeitsräume bereitzustellen, die eine ausreichende Grundfläche aufweisen" und im Anhang Anforderungen an Arbeitsstätten nach § 3 Abs. 1 unter 3.1 Bewegungsfläche Absatz 1 "Die freie unverstellte Fläche am Arbeitsplatz muss so bemessen sein, dass sich die Beschäftigten bei ihrer Tätigkeit ungehindert bewegen können".

Dritter Antrag

Der Kreistag möge beschließen:

In den vorliegenden Haushalt (also den für 2014) wird ein Anlaufbetrag in Höhe von 100 Tausend EURO eingestellt um damit beginnen zu können, Akten des Bauarchivs einzuscannen.

In den drei Folgejahren ist jeweils ein Betrag in gleicher Höhe für denselben Zweck einzuplanen.

Begründung:

Wegen der Art und des Umfangs der Unterlagen und der Häufigkeit, bzw. Notwendigkeit auf sie zuzugreifen, sollte mit den Akten des Bauarchivs begonnen werden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist jeder Zugriff zeitaufwändig und oft müssen schwere Kartons gehoben und geschoben werden. Vorgänge, die digitalisiert sind, sind jederzeit verfügbar und können bei Bedarf von mehreren Personen bearbeitet werden.“

Die Verwaltung erklärt, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Prüfung sind. Gegebenenfalls kann durch überplanmäßige Ausgaben, bzw. einen Nachtragshaushalt 2014 die Finanzierung hierfür sichergestellt werden.

Da die ersten beiden Anträge keinen inhaltlichen Bezug zur Haushaltsberatung haben, beschränkt sich die Abstimmung ausschließlich auf den dritten Antrag. Die Verwaltung wird den ersten und zweiten Antrag prüfen und gegebenenfalls in den Fachgremien beraten.

Mit 5 Ja zu 22 Gegenstimmen, bei 12 Enthaltungen, erhält der Antrag nicht die notwendige Mehrheit.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **142/2013**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Wirtschaftsplan 2014 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2014 für den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Bad Dürkheim wird beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende betont, dass Defizite aus den Rücklagen kompensiert werden können und hierdurch auch im kommenden Jahr die Gebühren weiterhin stabil gehalten werden.

Für die CDU-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Brauer fest, dass der AWB auch weiterhin eine vorsichtige Kalkulation vorgelegt hat. Positiv sieht die Fraktion, dass Altlasten abgearbeitet werden und stimmt der Beschlussvorlage zu.

Kreistagsmitglied Weitz sieht im Ergebnis einige Ungereimtheiten. Kritisch wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Abschmelzen der Rücklage zugunsten der Gebührenstabilität gesehen. Auch fordert die Fraktion, die Entwicklung bei den erneuerbaren Energien voranzutreiben. Dem vorliegenden Wirtschaftsplan stimmt die Fraktion zu.

Der Vorsitzende betont hinsichtlich der Rücklagenverringerung, dass alternativ eine Gebührenrückerstattung erfolgen müsste.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **150/2013**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Kreiskrankenhaus Grünstadt;
Wirtschaftsplan 2014

Beschluss:

Der vorliegende Wirtschaftsplan 2014 und die Stellenübersicht 2014 werden beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im kommenden Jahr die Anschaffung eines MRT für das Kreiskrankenhaus erfolgen soll und damit ein neues medizinisches Angebot geschaffen wird.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass ein kommunales Krankenhaus so gut aufgestellt ist wie das Kreiskrankenhaus Grünstadt, stellt für die SPD-Fraktion Kreistagsmitglied Dormann fest. Wirtschaftlich ist das Krankenhaus gut geführt und das medi-

zinische Angebot kann als hervorragend bezeichnet werden. Die Tatsache, dass alle wichtigen Arztstellen besetzt sind, ist ein deutlicher Hinweis auf ein gutes Arbeitsklima im Haus, so Dormann. Die Fraktion stimmt daher dem Beschlussvorschlag zu.

Für die CDU-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Sauer fest, dass sich das Ergebnis durch eine vorsichtige Kalkulation, stets positiver als in der Planung darstellt. Weitere bauliche Veränderungen und neue Angebote sieht er durch die geschaffene finanzielle Rücklage gesichert. Weiterhin teilt er die Zustimmung der Fraktion zur Beschlussvorlage mit.

Im vorliegenden Wirtschaftsplan sieht, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kreistagsmitglied Messner-Vogelgesang die Entwicklung in einem wirtschaftlich gesunden Krankenhaus. Die Fraktion gibt der Beschlussvorlage ihre Zustimmung, so Messner-Vogelgesang.

Bankverbindungen:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **160/2013**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Prüfung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung der Landrätin und der Kreisbeigeordneten, soweit sie die Landrätin vertreten haben

Beschluss:

Die Jahresabschluss, nebst allen Anlagen, für das Haushaltsjahr 2012 wird in der Ergebnisrechnung mit einem negativen Saldo (Pos. 31 der Ergebnisrechnung) in Höhe von 4.594.508,54 €, in der Finanzrechnung mit einem negativen Saldo (Pos. 26 und Pos. 46 der Finanzrechnung) in Höhe von 3.252.467,92 € und einer Bilanzsumme von 300.206.278,42 € festgestellt.

Die Landrätin und die Kreisbeigeordneten, soweit sie die Landrätin vertreten haben, werden entlastet.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Herr Erster Kreisbeigeordneter Claus Potje nahm an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil und begab sich in den öffentlichen Zuhörerraum.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreistagsmitglied Hobrack, erinnert daran, dass im laufenden Jahr insgesamt drei Jahresabschlüsse durch den Ausschuss geprüft wurden. Zum Jahresabschluss 2012 geht er erläuternd auf die vorliegenden Zahlen und hierbei insbesondere auf die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Landkreises ein. Kritisch wurden im Ausschuss die Handhabung mit Barmitteln und die starke Nutzung der Fotokopiergeräte an den kreiseigenen Schulen beobachtet. Die Verwaltung wird hierzu klärende Gespräche mit den Schulen führen.

Kreistagsmitglied Hobrack stellt klar, dass die Prüfungen durch das Gemeinde- und Rechnungsprüfungsamt und den Rechnungsprüfungsausschuss nicht zum Selbstzweck durchgeführt werden, sondern vielmehr eine wichtige Funktion zur ständigen Verbesserung des Verwaltungshandelns darstellen. Er betont hierbei ausdrücklich den hohen Stellenwert des Rechnungsprüfungsausschusses und des Gemeinde- und Rechnungsprüfungsamtes.

Bankverbindungen:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **151/2013**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u> </u> JA -Stimmen	<u> </u> Nein -Stimmen	<u> </u> Enthaltungen

Tagesordnung:

Neufassung der Richtlinien über die Schülerbeförderung im Landkreis Bad Dürkheim

Beschluss:

Die Richtlinien des Landkreises Bad Dürkheim über die Schülerbeförderung werden in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Drucksache **111/2013**

Gremium:	Kreistag
Sitzung am:	Mittwoch, 18.12.2013

Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

Tagesordnung:

Nachwahl von Mitgliedern und Stellvertreter für die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz

Beschluss:

1. Als Mitglieder in die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz werden Herr Theo Hoffmann und Herr Kreisbeigeordneter Frank Rüttger gewählt.
2. Als stellvertretendes Mitglied in die Hauptversammlung des Landkreistages Rheinland-Pfalz wird Herr Carsten Brauer gewählt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Das Stimmrecht des Vorsitzenden, Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld, ruhte bei der Wahlhandlung gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 1 LKO.